



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bedarfsgerechte Betreuungszeiten und gute Qualität in Kindertageseinrichtungen fördern, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen in Bayern die Lebenssituation berufstätiger Eltern berücksichtigen müssen. Durch einen entsprechenden Ausbau der Kindertagesbetreuung in Bayern und der Förderung längerer Öffnungszeiten wird ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung der verfassungsmäßig gebotenen Gleichstellung von Mann und Frau geleistet und damit zur Lösung einer der großen Zukunftsaufgaben im Freistaat Bayern beigetragen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - bedarfsorientierte Kita-Öffnungszeiten und ergänzende Randzeitenmodelle zu entwickeln und zu fördern.
 - die Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Bayern darauf hin neu auszurichten, dass bedarfsgerechte Betreuungszeiten und gleichzeitig eine stärker qualitätsorientierte Betreuung gewährleistet werden können.
 - im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) insbesondere zu verankern, dass ergänzend zur kindbezogenen Regelförderung eine einrichtungsbezogene Sockelfinanzierung erfolgt, die sich an der Größe der Einrichtung und der Zahl der betroffenen Kinder orientiert, sodass die Kita-Träger mehr Planungssicherheit erhalten, um mehr gut ausgebildete Fachkräfte in Bayerns Kindertageseinrichtungen einzustellen und
 - bis dahin ein eigenes Förderprogramm für Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit langen Öffnungszeiten von mehr als 45 Stunden pro Woche einzuführen.

Begründung:

Eine Kindertagesbetreuung, die vereinbar ist mit den Lebenslagen berufstätiger Eltern, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Eltern in Bayern wünschen sich flexiblere und längere Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen und eine bessere Qualität der Betreuung. Einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge gaben fast 23 Prozent der befragten Bayerinnen und Bürger an, dass längere Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen dazu beitragen würden, die Vereinbarkeit von Beruf, Familienleben und persönlichen Interessen zu verbessern. Viele Eltern sind auf lange Öffnungszeiten bei Kindertageseinrichtungen angewiesen, weil sie eine Vollzeitbeschäftigung ausüben. Kitas müssen deshalb in der Lage sein, bedarfsgerechte und damit auch längere Öffnungszeiten anzubieten. Fast 19 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Personal in der Kinderbetreuung, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

Zur Verbesserung sowohl der Quantität als auch der Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten in Bayern sind dringend mehr gut ausgebildete Fachkräfte notwendig. Gleichzeitig sind in Bayern derzeit viele Stellen unbesetzt. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlten schon im Jahr 2015 in Bayern 8.800 zusätzliche Vollzeit-Fachkräfte, um eine gute pädagogische Betreuung gewährleisten zu können. Die Finanzierung der Einrichtungen muss deshalb neu ausgerichtet werden. Insbesondere muss die variable kindbezogene Förderung nach dem BayKiBiG durch eine einrichtungsbezogene Sockelförderung ergänzt werden, welche sich an der Größe der Einrichtung und der Zahl der betreuten Kinder orientiert.

Mit dem sogenannten Bildungsfinanzierungsgesetz hatte die Staatsregierung 2013 die zusätzliche Förderung von Kitas mit ganzjährigen längeren Öffnungszeiten beschlossen. Kindertageseinrichtungen, die ganzjährig Öffnungszeiten von mindestens 45 Stunden pro Woche anboten, wurden nach der „Richtlinie zur Förderung der Qualitätssicherung und -entwicklung in Kindertageseinrichtungen“ zusätzlich gefördert. Das Förderprogramm, dessen Fördersumme auf 7 Mio. Euro begrenzt war, endete Ende 2017. Es erfolgte keine Fortsetzung, da aus Sicht der Mehrheitsfraktion im Landtag aufgrund des Bundesprogramms „Kita plus“ keine Notwendigkeit für eine Landesförderung bestand. Das dem aber nicht so ist, zeigt die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Auftrag gegebene Umfrage. Das Angebot an Kinderbetreuung

muss sich den Familien anpassen, nicht umgekehrt. Bis zu einer entsprechenden Neuausrichtung der Kita-Finanzierung im Freistaat Bayern ist das Förderpro-

gramm daher neu aufzulegen und auf die hier dargelegten Förderzwecke auszurichten.